

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert, bei dem neuen Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen die soziale Ausgewogenheit zu beachten: Einseitigkeit vermeiden. Seite 1

Jürgen Böddrich MdL fragt, ob Strauß auch in der Türkei die Freiheit bewahren helfen will: Drang zur türkischen Rechten. Seite 3

Rolf Wernstedt MdL beschreibt den schlechten Start von Niedersachsens Kultusminister Werner Remmers ins letzte Amtsjahr: Nicht Ruhe, sondern Erstarrung. Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 155

18. August 1981

Einseitigkeit vermeiden

Die soziale Ausgewogenheit muß beachtet werden

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bekanntwerden eines Referentenentwurfes zu einem neuen Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen ist Anlaß einer einseitigen öffentlichen Diskussion, die gezielt in Gang gesetzt die Tatsachen auf den Kopf stellt.

Es ist keinesfalls so, daß mit diesem Entwurf, der ja noch nicht einmal von der Bundesregierung beschlossen worden ist, die sogenannte Selbstbeteiligung der Versicherten an ihren Krankheitskosten eingeführt worden ist. Es ist vielmehr so, daß mit einer Reihe von Bestimmungen die Möglichkeiten mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen beseitigt sind, etwa bei der Verordnung von Brillen, Massagen oder auch größeren Heilmitteln. Der Gesetzgeber muß hier handeln, weil die Ärzte, ohne deren Verordnung eine mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens überhaupt nicht möglich wäre, ihren Gesetzauftrag nicht wahrgenommen haben. Im Gesetz heißt es nämlich eindeutig: "Leistungen, die für die Erzielung des Heilerfolges nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, kann der Versicherte nicht beanspruchen, der an der kassenärztlichen Versorgung teilnehmende Arzt darf sie nicht bewirken oder verordnen; die Kasse darf sie nachträglich nicht bewilligen."

Bei einer Reihe weiterer Maßnahmen handelt es sich lediglich um Anpassung des geltenden Rechts an veränderte Umstände, etwa bei der Rezeptgebühr. Rezeptgebühren sind keine Selbst-



beteiligung, sie hat es vielmehr immer gegeben, seit die soziale Krankenversicherung besteht, mal in dieser, mal in jener Form.

Vor der jetzt noch geltenden Form der Rezeptgebühr von einer DM pro verordnetem Medikament bestand sie in der Form eines Zoprozentigen Anteils am Arzneimittelpreis, höchstens jedoch DM 2,50. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der Regierung, 20 Prozent des Arzneimittelpreises, höchstens jedoch vier DM, kehrt zu dieser Form der Rezeptgebühr zurück, paßt sie jedoch an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse an. Die bereits bisher bestehende Regelung, nach der in Härtefällen von der Zahlung der Rezeptgebühr abgesehen werden kann, bleibt bestehen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird bei den Gesetzesberatungen diese Ausgestaltung der Rezeptgebühr eingehend prüfen.

Wenn Kritiker des Gesetzentwurfs bemängeln, daß die Beseitigung von Mißbräuchen und die Anpassungsregelungen die Versicherten mit fast einer Milliarde DM belasten, die Belastungen der Ärzte und Zahnärzte aber überhaupt nicht im Gesetz stehen, sondern der freien Vereinbarung zwischen den Betroffenen überlassen bleibt, so weisen sie auf ein Problem hin, dessen Lösung auch mich nicht ganz befriedigt. Ich glaube, eine solche Verfahrensweise ist nur deshalb zu akzeptieren, weil das Bundeskabinett beschlossen hat, in einem weiteren Gesetz die Strukturen der Krankenversicherung zu reformieren und so die eigentlichen Ursachen für die ständig überhöhten Kosten im Gesundheitswesen zu beseitigen. Der Weg der freien Vereinbarung zwischen den Betroffenen ist für die SPD-Bundestagsfraktion ohnehin nur gangbar, wenn bindende Zusagen der Leistungserbringer vorliegen, die an die Grundlosumme geknüpften Einnahmen der Krankenversicherung nicht zu überschreiten. Vage Versprechungen werden wir nicht akzeptieren, vielmehr würden wir in diesem Fall eine entsprechende gesetzliche Regelung der Probleme herbeiführen. Die Beratungen des Gesetzes im Deutschen Bundestag bieten hierzu ausreichend Gelegenheit.

Eins steht für die SPD-Bundestagsfraktion fest: Ein Kostendämpfungsprogramm, das einseitig nur die Versicherten belastet, kann und wird ihre Zustimmung nicht finden. Denn dann stünden wir doch vor folgender Alternative: Setzen wir ein solch einseitiges Programm durch, finanzieren es die Versicherten in Milliardenhöhe. Realisieren wir es nicht, so kommt es zu Beitragserhöhungen und die finanzieren ebenfalls die Versicherten in Milliardenhöhe.

Wer vermag wohl eine solche Logik den Bürgern klar zu machen? Wir würden uns mit einem einseitigen Programm im Kreise drehen und nichts erreichen, außer daß wir Kosten umgeschichtet hätten, weg von der gesamten Versichertengemeinschaft und hin zu den Kranken. Die soziale Gerechtigkeit wäre auf der Strecke geblieben.

(-/18.8.1981/hi/oa)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



+ + +

Drang zur türkischen Rechten

Will Strauß die Freiheit auch in der Türkei bewahren helfen?

Von Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Nun ist es also verständlich geworden, warum sich die CSU-staatlichen Stellen des Freistaates entgegen sonstiger Übung, alle Schritte und Worte des bayerischen Ministerpräsidenten bis hin zum leisesten Ton, den er von sich gibt, der Presse und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, nicht näher zur Türkei-Reise von Strauß geäußert haben und auch auf Anfragen zu keinen weiteren Details breitschlagen ließen. Die Strauß'sche Vorliebe für Militärdiktaturen und rechtsextrem gesteuerte Regierungssysteme, die seit langem peinliche Züge angenommen hat, läßt sich nicht länger verheimlichen.

Strauß wurde jetzt von einer Seite der Verschleierung und der "arglistigen Täuschung" der Öffentlichkeit überführt, an die wohl weder er noch seine mauernden Parteifreunde und Staatskanzlisten dachten. Zwei türkische Tageszeitungen berichteten von einem Treffen mit dem Militärkommandanten von Istanbul, General Nezdet Urüg, und von Gesprächen mit dem Nationalistenführer Sadettin Bilgic. Während also sich die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Europa nachdrücklich für die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei einsetzen, hielt Strauß Plauderstündchen mit führenden Leuten der Militärjunta.

Mit einer Schriftlichen Anfrage habe ich mich an die Bayerische Staatsregierung gewandt: "Entspricht die Darstellung der türkischen Zeitungen der Wahrheit oder die Aussage von Strauß, sein Ausflug habe nur 'reinprivaten Charakter, politische Gespräche wurden nicht geführt'?" Daß Gespräche mit prominenten Junta-Leuten und Nationalisten keinen politischen Charakter haben sollten, kann man ja selbst einem Herrn Strauß nicht abnehmen. Insbesondere möchte ich wissen, ob der CSU-Chef wie in Chile auch die derzeitigen Machthaber in der Türkei dazu aufgerufen hat, die "Freiheit in ihrem Lande zu verteidigen".

Fast schon natürlich erscheint es da, daß sich Strauß auch nach dem Befinden seines Freundes Alpaslan Turkesh, dem Anführer der faschistischen türkischen "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP), erkundigt hat. Der CSU-Chef, der sich - bis heute undementiert - im Jahre 1978 mit Turkesh in München zu einem "herzlichen Gespräch" getroffen hat, sorgte sich offenbar um das Wohl dieses guten Bekannten, der maßgeblichen Einfluß auf die Aktivitäten der türkischen Rechtsextremisten in der Bundesrepublik hat, und unterredete sich mit dem Staatsanwalt, der Turkesh noch in diesem Monat wegen Hochverrats anklagen wird. Deshalb frage ich, ob Strauß nicht auch versucht hat, mit Turkesh selbst zu sprechen, und ob ihm dies von den türkischen Behörden verweigert wurde.

Überhaupt sollte die Öffentlichkeit nun doch genauer über die Reise informiert werden: Wer hat bezahlt? Wer außer seiner Familie hat Strauß begleitet? Welche Begegnungen und Gespräche wurden außerdem durchgeführt oder "platzten" aus irgendwelchen Gründen? Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was Strauß in diesen türkischen Zirkeln gesagt und getrieben, wie er bayerische und deutsche Politik gegenüber Militärjunta und Nationalisten in der Türkei dargestellt hat. Denn daß er dies getan hat, obwohl er doch nicht Bundeskanzler geworden ist, läßt die Strauß'sche Übung in der Vergangenheit vermuten.

(-/18.8.1981/h1/ca)

+ + +



Schlechter Start von Remmers ins letzte Amtsjahr

Nicht Ruhe, sondern Erstarrung kennzeichnet das niedersächsische Schulwesen

Von Rolf Wernstedt MdL

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Alle Schuljahre wieder werden vom niedersächsischen Kultusminister Zwischenbilanzen gezogen. Sie sind auch in diesem Jahr wieder optimistisch und schonungslos selbstgefällig. Zu begrüßen ist zweifellos, daß mit diesem Schuljahr die Orientierungsstufe landesweit auch gegen politische Widerstände aus der konservativen Ecke eingeführt worden ist. Kritik der SPD gibt es nur an der von Remmers eingeführten starren Differenzierung in den Fächern Mathematik und Englisch. Die endgültige Einführung der Orientierungsstufe war nur möglich, weil die sozialdemokratischen Kultusminister von Oertzen und Mahrenholz die Entwicklung so weit vorangetrieben hatten, daß ein Zurückdrehen zu unvertretbaren Ergebnissen geführt hätte. Remmers ist in diesem Sinne der Vollstrecker sozialdemokratisch verantworteter Schulpolitik gewesen. Fairerweise muß gesagt werden, daß der jetzige Kultusminister auch als Oppositionspolitiker beim Thema Orientierungsstufe einen für die CDU relativ reformfreundlichen Kurs gesteuert hat. Die Sozialdemokraten können sich freuen, daß sie spät, aber in der Sache bestätigt wurden.

Ganz anders stellt sich die Bilanz der Schulpolitik auf anderen Gebieten dar:

Der Unterrichtsausfall an Gymnasien und Berufsschulen ist weiterhin zu hoch, ein Mangel, der seit fünf Jahren absehbar war. Gleichzeitig steigt die Lehrerarbeitslosigkeit. Unkonventionelle und schnellgreifende Schritte zur Auflösung dieses Gegensatzes hat der Kultusminister nicht eingeleitet. Der Aufruf des Ministers, daß ausgebildete Lehrer sich in der Wirtschaft um Beschäftigungsmöglichkeiten bemühen sollten, ist überflüssig und ein Ausdruck grenzenloser Hilflosigkeit. Lehrer, die im Schuldienst keine Einstellung finden, können ihr Brot ohnehin nur in der Wirtschaft verdienen. Bei absehbaren und andauernden hohen Zahl von arbeitslosen Lehrern muß sich der Kultusminister fragen lassen, was er an der Lehrerausbildung



falsch gemacht hat. Seit fünfzehn Jahren wird eine Reform der Lehrerausbildung angekündigt. Herausgekommen ist nur eine Zementierung der einzelnen Lehrämter. Eine durchgreifende Reform der Lehrerausbildung muß so ansetzen, daß Lehrer nach ihrer Hochschulausbildung mit einer Art Doppelqualifikation versehen in Berufen außerhalb der Schule eingesetzt werden können, ohne Hilfsarbeiter sein zu müssen.

Dies würde langfristig auch die Schulen aus ihrer gesellschaftlichen Isoliertheit herausholen. Die oft beklagte "Weltfremdheit der Lehrer", deren Lebenslauf häufig nur aus dem Kreislauf Schule - Hochschule - Schule besteht, könnte abgebaut werden. Nicht die Abschlebung ausgebildeter Lehrer an die Wirtschaft kann die Parole sein, sondern ihre Integration in das Schulwesen - aber mit Konzept. Die Wurstelei von Remmers schadet langfristig nur.

Die Berechnungen der Zahl zu erwartender arbeitsloser Lehrer sind in der Tat "Horrorzahlen". In den im Oktober 1980 vom Kultusminister herausgegebenen Modellberechnungen wird davon ausgegangen, daß es im Jahre 1986 mindestens 8.500 stellungslose niedersächsische Grund- und Hauptschullehrer sowie über 3.000 Real- und Gymnasiallehrer ohne Anstellung geben wird. Bei dieser Vision kann Remmers nicht pfeifend und frohlockend von einer erfolgreichen Schulpolitik reden.

Mit großer Sorge sieht die SPD-Landtagsfraktion die Entscheidung des Kultusministers, in der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres eine Pause einzulegen. Wir wissen, daß das Berufsgrundbildungsjahr in schulischer Form nicht billig ist. Das Land muß Baukostenzuschüsse geben, die Schulträger haben erhebliche Folgekosten zu tragen. Dennoch ist der gesetzliche Wille eindeutig. Wer in der Einführung einer Reform eine Pause macht, gibt sie damit auf. Offensichtlich ist der Kultusminister trotz seiner zur Schau getragenen pausbäckigen Schnoddrigkeit an strukturelle Grenzen seiner Politik gestoßen. Auf seiner Maurerkelle ist der Mörtel hart geworden. Die Ruhe, die in die Schulen einkehren sollte, hat sich in Erstarrung verwandelt.

(-/18.8.1981/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

